

Bur Lage.

Berlin, 9. April. Damit die Vorbereitungen des Militairgesetzes in seiner Weise geföhrt werden, hat die Fortschrittfraktion des Reichstages heute beschloffen, den Zeitungsberichterstatern ihrer Partei ausnahmsweise die Einlassungen vorzuenthalten. Die betreffenden Referenten waren bereits mit Einlassungen versehen, als ihnen auf Veranlassung des Abgeordneten Dr. Hänel dieselben wieder abgefordert wurden. Streng vertraulich soll auch in allen folgenden Fraktionsitzungen die Militairfrage discutirt werden; die Partei will nicht, daß durch vorzeitige Mittheilungen über die Stellung einzelner Mitglieder zu dem Gesetz irgend welche Vermirrung angerichtet werde; jedem Fraktionsgenossen soll zur Gewinnung einer ganz bestimmten Position Zeit und Ruhe bis nach beendeter Besprechung gelassen werden. Bei den übrigen Parteien des Parlaments ist es nicht Sitte, Referenten zu den Fraktionsverhandlungen zuzulassen; der Zweck der vertraulichen Besprechungen wird auch völlig illusorisch, wenn über sie Zug um Zug Berichte in den öffentlichen Blättern erscheinen.

Der Reichstag will bis zum Beginn der zweiten Lesung des Militairgesetzes womöglich noch alle rüchständigen Wahlen prüfen, um den zu Unrecht in das Haus Eingetretenen die Theilnahme an der Abstimmung zu wehren, die statt ihrer Gewählten aber in die Lage zu bringen, an der Entscheidung über das wichtigste Gesetz der Session Theil zu nehmen.

Der kürzlich verheiratete Erzbischof Paul Melchers von Köln befeidete unter den preussischen Bischöfen eine hervorragende Stelle insofern, als er das Präsidium der preussischen Episcopalkonferenz inne hatte und in dieser Eigenschaft die Initiative zu allen gemeinsamen Schritten der Bischöfe ergriß. Sowen der Vorstoß in ihren Versammlungen führte. Man scheint nicht gewillt zu sein, dies Amt für die Dauer der Behinderung des Erzbischofs unbesetzt zu lassen, beschäftigt sich vielmehr, wie man hört, sehr lebhaft mit der Frage, welcher St. Lambertier Herr Melchers zu geben sei, woraus hervorzugehen scheint, daß die Reihe bischöflicher Gesammtabgebungen, die auf den gegenwärtigen Constat Bezug haben, keineswegs abgeschlossen ist. Die Wahl ist bis jetzt noch nicht entschieden; die weisse Kuraturschaft auf das Ehrenamt würde der Fürbittkraft von Breslau gehabt haben; allein da für diesen selbst vorausichtlich ein ähnlicher Behinderungsfall eintreten dürfte, so scheint man aus praktischen Gründen sein Augenmerk auf Bischof Ketteler von Mainz gerichtet zu haben, dessen Beziehungen zur preussischen Regierung die verhältnismäßig besten sind.

Deutscher Reichstag.

Sitzung am 9. April.

Präsident v. Forckenbeck theilt zunächst das Ableben des im 1. Erienschen Wahlkreise gewählten Abg. Graf zu Stolberg mit. Der Reichskanzler giebt Nachricht, daß dem Beschlusse des Hauses gemäß, das Strafverfahren gegen die Abg. Hoff und Hafenclever für die Dauer der Session eingestellt sei.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Geschäftsordnungs-Commission über den Antrag der Abg. Bernhardt und Windthorst wegen Einführung einer Rednerliste. Nach dreitägiger Verhandlung werden sämtliche gesuchte Anträge abgelehnt und es bleibt bei der bisherigen Geschäftsordnung ohne Rednerliste.

Die Abg. v. Arnsh und Genssen hatten den Antrag gestellt, die namentliche Abstimmung solle künftig so stattfinden, daß die Ja durch die eine, die Nein durch die andere Thür aus dem Saale gehen und wieder in denselben zurückkehren; der Antrag wird mit einigen von dem Abg. Schred zu Stauffenberg befürworteten Abänderungen angenommen.

Dem Antrage des Grafen Frankenberg gemäß wird von der Versammlung das Bureau ermächtigt, mit der Firma Siemens u. Halske wegen verschämelter Aufstellung des von diesen erjudenen (kürzlich im Tageblatt bereits ausführlicher beschriebenen) Abstimmungs-Telegraphen zu verhandeln.

Am Schlusse folgten Wahlprüfungen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Die noch immer von allen Seiten einlaufenden Berichte über Adressen und Wählerversammlungen bezeugen unseren Abgeordneten immer deutlicher, daß die Nation von einem Conflcte mit der Regierung wegen der Militairfrage schlechterdings Nichts wissen will. Die Kundgebungen der Wählerschaften wehren sich und die nationale Presse hat von Anfang an in dieser Frage eine entschiedene Haltung eingenommen. Es ist ja, sagt die „Köln. Ztg.“ mit Recht, die recht eigentliche Aufgabe einer Volksvertretung, die Vasten des Volkes so weit herabzumindern, als die Umstände es gestatten. Die Presse hatte also Nichts dagegen einzumenden, daß die Abgeordneten die von der Regierung vorgeschlagene Prüfkraft von 401,000 Mann so weit herabzusetzen suchten, als die Regierung irgend glauben mochte zu können. Aber das Urtheil über die zweckmäßige Zahl des stehenden Heeres wollte

die Presse zuletzt doch dem General-Feldmarschall v. Rellie, dem bewährten Chef des Generalstabes, überlassen sehen und nicht den bewährtesten Parlamentarier ernennen. Sie verlangte, daß die Abgeordneten sich über die Absichten der Regierung Gehör verschaffen und sich mit dem, was die Reichsregierung für die Sicherheit des Reiches unerlässlich erklärte, ohne Weiteres einverstanden erklärten. Und schon jetzt hat sich gezeigt, daß die Presse der richtige Ausdruck des Nationalwillens gewesen ist. Die Nation ist aufgewacht aus dem Traume von der Unmöglichkeit eines Conflctes und verlangt mit wachsender Entschiedenheit, daß weder der Reichstag aufgelöst werde, noch der Reichscanzler zurücktrete, sondern die Abgeordneten die Forderungen der Regierung wegen der Heeresstärke bewilligen. Sie glaubt, daß die constitutionellen Bedenken der Abgeordneten, so richtig sie ganz allgemein angenommen etwa sein möchten, jetzt nicht am Platze sind. ... Wie beschämend muß es für uns Deutsche sein, wenn wir nach Frankreich blicken! Dort hat das Land sich noch nicht von den Wunden erholt, die ihm der Krieg geschlagen; die Franzosen haben der gewaltige Kriegsschuldigung aufgebracht, die niemals einem Sieger gehabt ist, und dennoch gab die Nationalversammlung das Geld zur Reorganisation des Heeres mit vollen Händen hin und hat so eben noch 4-700 Millionen Francs ohne Wurren für eine so höchst zweifelhafte Maßregel wie die Befestigung von Paris bewilligt. Ja, in Italien bringt das Parlament dem Kriegsmiister mehr Geld auf, als dieser haben will, und die Sicherheit des Landes gilt allen Abgeordneten für das höchste Gut. Und wir wollen gehen, wenn es sich um eine jedenfalls nicht bedeutende Erhöhung dessen handelt, was wir schon bisher geleistet haben? Nach so großen Erfolgen müssen wir fünfzig Jahre durch geföhrt sein, sie gegen den auswärtigen Feind mit den Waffen zu verteidigen. Das hat Romke in der Sitzung des Reichstages gesagt, und Niemand hat ihm widersprochen und kann ihm widersprechen. In solchen gefährlichen Zeiten hielt selbst das alte Rom eine Diktatur notwendig, und die politische geschickteste Nation der Erde, das constitutionelle England, ruft aus fast mit einem Munde zu, constitutionelle Bedenken fahren zu lassen, wo die Sicherheit des Landes und der innere Friede auf dem Spiele steht. Auch die deutsche Nation pflichtet dieser Auffassung bei. Sie ist bereit zu zahlen, was die Regierung fordert, und so haben die Abgeordneten, wir wiederholen es, zum Widerstande gar keinen Boden unter den Füßen. Sie haben angefangen, es zu merken. In der Berliner Fortschrittspartei ist das Randwort gewiß eines der am vollkommensten ausgebildeten Gliedmaßen; aber sie ist verumumt oder doch sehr kleinlaut geworden. Die Regierung hat den Sieg gegen sie in den Händen, wenn sie ihrerseits Mäßigung zeigt.

In Tübingen, wo des Kaisers Geburtstag angedenktlich geföhrt wurde, versammelte sich an diesem Tage auch die dortige „Volkspartei“ zu einer Art von Segenbankett. Dabei hielt ein junger hoffnungsvoller Volkspartei eine Rede, die nach einer Reihe von Invektiven mit einem — Perent auf den deutschen Kaiser schloß. Als der scandaleöse Vorfall bekannt wurde, schritt die Justizbehörde ein, und dortanläßlich hat nun der heftigste Republikaner in der Untersuchungskommission alle Mühe, aber den Heroismus seiner That nachzudenken. Der Schwabe pflegt sonst Majestätsbeleidigungen auf die leichteste Weise zu nehmen. Wenigstens sind erst kürzlich zwei der Majestätsbeleidigung gegen König Karl Angeklagte von den Geschworenen freigesprochen worden.

Aus Straßburg ist eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse vieler aus dem Deutschen Reiche dorthin eingewandelter Einwohner aller Berufsclassen am vorigen Donnerstag an den Präsidenten des Reichstages abgegangen. Dieselbe lautet: „Zehntausende Altdeutsche aller Berufsclassen fühlen sich zur Erklärung gezwungen, daß die Gefahr, die Forderungen der Reichsregierung bezüglich der Präsenzstärke des Reichsheeres möchten nicht die Zustimmung der Reichstagsmajorität erhalten, die Gemüther der Deutschen in Ulag. Lotbringen mit peinlichster Sorge erfüllt. Auf dem Vorposten des Reichs unter feindlichen Elementen constatiren wir die Befriedigung dieser feindlichen Elemente über die bisher der Regierung bereiteten Schwierigkeiten, über die drohende Wiederkehr früherer deutscher Uneinigkeit und Schwäche, über den deutschen Ideologen, welcher die Stärke des Vaterlands unbewußt seinen Feinden Preis giebt. Wir fordern die reichstreuen Abgeordneten auf, einmüthig zur Regierung zu stehen und angeht die Rüstungen Frankreichs unter: militairische Kraft in fester Einigkeit zusammenzuschalten.“

Seit dem Jahre 1866 und special seit dem 5. December 1869, an welchem Tage das die allgemeine Wehrpflicht zur Basis nehmende, jetzt nützige Wehrgesetz in beiden Reichshälften Oesterreichs in Wirksamkeit trat, sind die alten Formen, auf denen die Wehrmacht beruhte, in Trümmer gegangen, und mit den neuen Formen ist ein neues Wesen in die alte Form eingezogen, deren Kenntniß weder in der Armee, noch bei den Staatsbürgern, noch bei den fremden Mächten irgend verstreut ist. Es besteht das stehende Heer ohne Ersatzreserve aus 562,718 Mann, 50,871 Reitern, 1672 Geschützen; die

Landwehr aus 264,923 Mann, 18,177 Reitern, 80 Geschützen. Das gesammte Heer ohne Ersatzreserve aus 827,636 Mann, 63,548 Reitern, 1752 Geschützen und würde die Gesammtstärke des Kriegesstandes mit Einrechnung der Ersatzreserve auf 1,200,000 Mann stellen.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Papst auch in diesem Jahre keine goldene Rose als Tugendpreis erteilt hat. Die zwei zuletzt erteilten Rosen hatte der alte Herr mit wertvolligem Scharfblick der Gemahlin Napoleons III. und der Erzherzogin Isabella von Spanien überreicht, die Rosen haben aber beiden Empfängerinnen kein sonderliches Glück gebracht.

Dem Mailänder „Corriere“ wird von Rom geschrieben: Im Vatican werden neue Waffen zum Kampfe gegen die dem Oesterreichischen Parlamente vorgelegten confessionellen Gesetze geschmiedet, obgleich der Erzbischof von Wien dem Papst insinuirte, gebeten hatte, die Bischöfe nicht in offenen Widerstand gegen den Staat zu bringen, weil er die missliche Lage voraussetzt, in welche die höhere Geistlichkeit geräth, wenn sie den Befehlen der römischen Curie nachkommen soll. Er hat dem Papst auch zu verstehen gegeben, daß der Kaiser, selbst wenn er wollte, den vorgelegten Gesetzentwurf nicht mehr zurückziehen kann, und daß der heilige Stuhl in keiner Weise auf die Unterthänigkeit des Wiener Hofes rechnen darf. Der Vatican läßt sich aber durch keine noch so vernünftigen Gegenvorstellungen von seiner einmal beschlossenen Politik abbringen und hat dem Erzbischof geantwortet: „Die Interessen der Kirche müssen verteidigt werden, koste es, was es wolle.“

Die Gefahr eines Krieges zwischen dem Königreich Italien und der Republik San Marino ist glücklicherweise vorübergegangen und die militairische Einschließung derselben bereits wieder abgemindert. Die Regierung der Republik will sich zu Verhandlungen über die Revision des Küstlerungsvertrages herbeilassen, um ihn wirksamer zu machen. So wäre denn der diplomatische Incidenzpunkt der beinahe den Erdball aus den Fugen gebracht hätte, glücklich erledigt.

Aus Versailles, 9. April, wird gemeldet: In der heutigen Sitzung der Permanenzcommission kam zunächst die Verhandlung des Belagerungszustandes über die Stadt Algier zur Sprache. Der Herzog von Drozlie erklärte, der Generalgouverneur, General Espany, habe wegen der von der Presse in Algier begangenen Ausschreitungen die Maßregel betrieben, die Kolonisten von Algier seien vorher darüber befragt worden und hätten die Maßregel durchaus gebilligt. Betreffs der erfolgten Auflösung des Municipalrathes von Marseille, welche insofern in Anregung gebracht wurde, wurde vom Präsidenten der Nationalversammlung, Buffet, bemerkt, daß sei eine Sache, die zu einer Weiterberathung der Nationalversammlung einen so dringenden Anlaß nicht geben könne, die Permanenzcommission gehe dieselbe nicht an. Endlich wurde auf Betragen vom Herzog von Drozlie bestätigt, daß Rochesort aus Kencaledonien entlassen sei.

Die gespannte Aufmerksamkeit, mit welcher man in Frankreich den Verhandlungen des deutschen Reichstages über die Militairfrage folgt, giebt einen deutlichen Fingerzeig, wie sehr man dort die militairische und politische Bedeutung des Streitpunktes, um den es sich handelt, zu würdigen weiß. Während man bisher aus dem Gange der Commissionsverhandlungen mit Befriedigung entnehmen zu dürfen meinte, daß Deutschland nicht gesonnen sei, „sich in das preussische Militairwesen hineinzuwagen zu lassen“, während man neue Zustandsbestimmungen voraussetzte, daß die beabsichtigte Verringerung der Friedensstärke der deutschen Armee die „sehr beträchtliche Verringerung“ von nahezu 100,000 Mann für den Krieg ergeben werde, — ist die gesammte französische Presse jetzt über die Aussichten auf Verständigung zwischen Regierung und Reichstag sehr verstimmt und läßt ihren Unmuth gegen die „verblichen“ nationalen Parteien in bezeichnender Weise aus. Selbst der alte klinge Thiers glaubte bei der Bekämpfung der neuen, sehr weitgehenden und kostspieligen Vorschläge für die Befestigung von Paris schließlich keinen stärkeren Trumpf anspielen zu können, als indem er darauf hinwies: diese umfassende kriegerische Maßregel seitens Frankreichs werde in Deutschland die Wirkung haben, daß das Militairgesetz in Berlin angenommen werde. Die französische Nationalversammlung hat sich durch diese Warnung nicht abhalten lassen, in der ausgebeuteten Weise und mit den erheblichsten Opfern Das zu thun, was sie im Hinblick auf einen künftigen Krieg im patriotischen Interesse für geboten erachtete.

Aus Holland wird berichtet, daß dort zu dem man unbedingt notwendig gewordenen dritten Expedition gegen Kichin die umfassendsten Werbungen beabsichtigt werden. Diese Mittelung besteht in so fern auch für Deutschland eine Bedeutung, als bisher der Haupttheil der holländischen Werbungen für die ausschließlich auf diesen Ergänzungsmodus angewiesene holländisch-indische Armee aus den nach Holland verschlagenen Deutschen besritten worden ist. Der aus Europäern angeworbene Theil dieser Armee, welcher bisher außer 14 Compagnien Artillerie und 6 Compagnien Genie, bei den 14 Feldbataillonen derselben aus 32 Compagnien, oder ins Gesammt etwa aus 6000 Mann bestand, soll mindestens auf die Doppeltzahl, wenn irgend möglich aber

gleich auf 15-20,000 Mann erhöht werden. Es kann jedenfalls vor einem Eingehen auf diese holländischen Werbungen nicht angelegentlich genug gewarnt werden. Das Klima der holländischen Colonien ist so mörderisch, daß selbst in Friedensjahren sich das Mortalitätsverhältniß der dort verwendeten europäischen Truppen nie unter 14 bis 17 Proc. berechnet. Auch befindet sich dieses Umstandes wegen die holländisch-europäische Armee gesehlich von jeder Verwendung in den Colonien befreit und ausgeschlossen. Die Verluste, welche das nach Kichin entsendete Expeditionscorps während der 4 Monate des letzten Feldzuges allein durch Krankheiten erlitten hat, sollen zwischen 20-25 und bei dem europäischen Theil dieser Truppen 30-32 Proc. betragen haben. Der den angeworbenen Mannschaften vertheilte Sold erscheint zwar ziemlich hoch, erleidet jedoch mit dem Anlangen derselben in den Colonien, unter den verschiedensten Formänder, so vielfache Abzüge, daß derselbe zu der übernommenen Gefahr und den beanspruchten Dienstleistungen in gar keinem Verhältniß stehend erachtet werden kann. Keuchlich stellt sich dies auch mit dem Avancement.

Kaiser Alexander von Rußland wird seine Reise ins Ausland am 1. Mai antreten, sich zunächst nach Stuttgart zur Vermählung seiner Nichte, der Großfürstin Vera, darauf nach England zum Besuche seiner Tochter, der Herzogin von Edinburgh, und schließlich nach Ems begeben, um dort gleichzeitig mit Kaiser Wilhelm die Cur zu gebrauchen.

Politische Monatschronik 1874.

III. Monat März.

(Fortsetzung aus Nr. 99.)

14. Versammlung reichstreuer, liberaler gesinnter Mitglieder des Reichstagswahlkreises in Stadt Berlin. — Stiftung des Deutschen Kriegervereins in der Centralhalle.

15. Im Tageblatt die Protokolle der Rathspenarung vom 20. und 21. Februar veröffentlicht. — Das Central-Museum für Völkertunde zum ersten Male der (allerdings noch auf Mitglieder und Eingeladene beschränkten) Besichtigung geöffnet. — Die Wittwe Robert Blum's stirbt.

16. Generalversammlung der Leipziger Bauhand (Bericht siehe Tageblatt vom 17. d. M.). — Ziehung der 4. Classe der 85. Königl. lösch. Landes-Lotterie. Erster Tag.

17. Versammlung im Tholozan befaßt Constatirung eines Schererevereins für die Südvorstadt. — Letztes Euterpe-Concert. — Ziehung der 4. Classe der 85. Königl. lösch. Landes-Lotterie. Zweiter Tag.

18. Das Stadtverordneten-Collegium genehmigt definitiv die auf dem Flossplatz beabsichtigten Gartenanlagen (Bericht siehe Tageblatt vom 1. April). — Darzreise des Herzogs Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha. — Bekanntmachung des Rathes (veröffentlicht im Tageblatt vom 24. d. M.) enthält das Namensverzeichnis der in der vereinigte Rathes- und Wendler'sche Freischule aufgenommenen Kinder.

19. Hauptversammlung des Leipziger Turnvereins in der Tonhalle.

20. Bekanntmachung des Rathes (veröffentlicht im Tageblatt vom 22. d. M.) ordnet einseitige Sperrung der Theaterstraße wegen Umlegung der unterirdischen Telegraphenleitung an. — Im Tageblatt Publication des Protokolls der Rathspenarung vom 25. Februar; in dieser Sitzung Beschlusse des Collegiums über die Feier des Geburtstages des Deutschen Kaisers. — Eröffnung einer Ausstellung des Stängeljäger-Vereins im Trianon des Schützenhauses.

21. Im Tageblatt Publication der Protokolle der Rathspenarung vom 28. Februar, mit der Ernennung des Herrn Humann aus Golda zum Branddirector, vom 3. März, vom 4. März, mit den Beschlusen, die Sperrung der Straßen an den Kirchen durch Ketten während des Gottesdienstes für die Folge zu unterlassen, sowie die Schenkstellungen während der Messen in wesentlicher Weise zu beschränken (siehe den 14.). und endlich vom 7. März. — Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Deutschen Kaisers in sämtlichen Schulanstalten.

22. 77. Geburtstag Sr. Majestät des Deutschen Kaisers, durch Klagen der öffentlichen Gebäude, Militärrebele, Heermeister vom Balcon des Rathshauses, Festsessen im Schützenhaus und Festvorstellung im Theater feierlich begangen (Bericht darüber siehe Tageblatt vom 24., 25. und 26. d. M.). — Sonntag Jastica. Constatirung der Anaben in der Thomaskirche, Johannis- und Reformirten Kirche, der Mädchen in der Nicolaiskirche. — General-Versammlung der Leipziger Creditbank im Schützenhaus, verläuft ohne Resultat (Bericht siehe Tageblatt vom 24. d. M.). — Eröffnung des Hotel Seban.

23. Publication des Protokolls der Rathspenarung vom 11. d. M. im Tageblatt; in dieser Sitzung Beschlusse des Rathes, das Vestiren auf den Straßen während der Messen fernert nicht mehr zu gestatten (siehe den 14.). — Constatirung der Gesellschaft für das Kunstgewerbemuseum durch die Gemeinnützige Gesellschaft. — General-Versammlung der Leipziger Hypothekbank (Bericht siehe Tageblatt vom 24. d. M.). — Schluß der Ausstellung des Stängeljäger-Vereins im Trianon des Schützen